

Vor der Initiative hagelt es Vorstösse

Acht Politiker aller Particouleur machen mit diversen Forderungen Druck auf den Bundesrat, die Raser härter anzupacken. Der Verein Roadcross fühlt sich in der Absicht, eine Volksinitiative einzureichen, gestärkt.

BERN – In der Sommersession hat eine überparteiliche Gruppe von Parlamentarierinnen und Parlamentariern einen Strauss von Vorstössen eingereicht, die alle zum Ziel haben, Autoraser härter für ihre Vergehen zu bestrafen beziehungsweise präventive Massnahmen zu ergreifen, um Raserunfälle zu vermeiden. Auslöser für diese intensive Zusammenarbeit seien die «zahlreichen grauenvollen Raserunfälle, welche die Öffentlichkeit aufgerüttelt haben». Zum Komitee zählen Chantal Galladé und Daniel Jositsch (SP, ZH), Franziska Teuscher (Grüne, BE), Tiana Angelina Moser (GLP, ZH), Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH), Pius Segmüller (CVP, LU), Peter Malama (FDP, BS) und Adrian Amstutz (SVP, BE). So verlangen die Parlamentarier etwa, dass

■ der Strafrahmen für Raser von heute drei auf fünf Jahre auch bei Ersttätern erweitert wird, auch wenn bei einem Raserdelikt keine Menschen getötet oder verletzt werden,

■ verurteilte Raser ihren Führerschein nur noch unter erschwerten Bedingungen zurückerhalten, Wiederholungstäter gar frühestens nach 15 Jahren und nach positiver verkehrspsychologischer Beurteilung,

■ Fahrzeuge von Rasern verwertet werden und der Erlös den Strassenverkehrsopfern zugutekommt,

■ der Bund die juristische Grundlage schafft, Raserfahrzeuge als Tatwaffe auch dann einzuziehen zu können, wenn sie nicht Eigentum des Straftäters sind, sofern dem Besitzer mangelhafte Verantwortung vorgeworfen werden kann

■ einmal verurteilte Raser nach Verbüssung der Strafe nur noch mit installierter Blackbox auf die Strasse gelassen werden,

■ Urteile, die gegen Raser gefällt werden, mit Preisgabe von Namen, Wohnort und Nationalität des Täters im Sinne der abschreckenden Wirkung veröffentlicht werden.

Letztgenannte Forderung von SVP-Nationalrat Adrian Amstutz steht

zwar stark in der Kritik. Verkehrspsychologen betrachten die Massnahme als kontraproduktiv, weil sich Raser oft mit ihren Vergehen brüsten und ihre Geschwindigkeitsüberschreitungen sogar selbst aufzeichneten und als eine Art Trophäe ins Internet stellten, argumentieren sie.

Wenn auch nicht vollkommene Einigkeit herrscht: Die Schweizerische Stiftung für Unfallprävention und -bewältigung Roadcross findet das breit abgestützte Engagement auf Bundesebene «grundsätzlich positiv», wie

Geschäftsleiterin Valesca Zaugg sagt. «Unsere jahrelangen Bemühungen haben nun auf politischer Ebene Gehör gefunden.» Zaugg ist sich allerdings bewusst, dass der tragische Unfall im solothurnischen Schönenwerd vom vergangenen November Auslöser für die Vorstösse war. Junge Raser hatten sich damals ein Rennen geliefert und kollidierten dabei mit einem unbeteiligten Personenzug. Eine junge Frau kam dabei ums Leben, ein Ehepaar wurde mittelschwer verletzt.

Mediale Ausschachtung

Roadcross plant selbst eine Volksinitiative für einen härteren Umgang mit Rasern. Erübrigt sich die Initiative angesichts der breiten Abstützung der parlamentarischen Vor-

stösse? «Nein», sagt Zaugg. «Wir haben alle das gleiche Ziel, nämlich die Raser von der Strasse wegzubringen», je breiter die Diskussion, desto besser, argumentiert sie. Allerdings glaubt sie, dass die Politiker auch ein Interesse daran hätten, das Thema medial mit möglichst vielen Ideen auszuschlachten. Roadcross wolle eine seriöse, mehrheitsfähige Vorlage präsentieren, deren Wortlaut für die spätere Umsetzung wasserdicht sein müsse. Weshalb sie den Initiativtext noch nicht publizieren könne. Das Ziel aber sei klar: «Wir fordern spürbare Strafen, Rasen darf kein Kavaliersdelikt mehr sein. Geldstrafen reichen nicht und der Führerausweis soll nach einem Raserdelikt für längere Zeit entzogen werden können.»

KARIN LANDOLT



Raserunfälle wie dieser in Schönenwerd SO vom letzten November haben die Politiker von links bis rechts mobilisiert. Bild: key

Rasend über den Julierpass

SILVAPLANA – Eine Gruppe von Sportwagenfahrern aus den Arabischen Emiraten ist am Freitag mit übersetzter Geschwindigkeit über den Julierpass in Richtung Süden gefahren. Sie wurden mit Geschwindigkeiten von 122 bis 153 km/h geblickt. Erlaubt waren 80 km/h. Sie wurden verzeigt und mussten ein Depot von je 5000 Franken hinterlegen. (ap)

«Solche Vereinfachungen sind nicht mehrheitsfähig»

Die Verkehrspsychologin Jacqueline Bächli-Biétry scheinen die parlamentarischen Vorstösse nicht zu überzeugen: «Dass man Ersttätern für fünf Jahre den Ausweis entziehen soll, kann ich nicht nachvollziehen. Die meisten von ihnen sind unter 25 und stecken in der Entwicklungsphase, sie sollen die Chance haben, sich zu bessern.» Unverständlich sei ausserdem, «dass man derart scharf gegen Autofahrer mit überhöhter Geschwindigkeit vorgeht, während über

Autofahren in angetrunkenem Zustand – ein sehr verbreitetes Phänomen auf Schweizer Strassen – keine Rede ist.» Bächli-Biétry hat den Verdacht, «dass hier gezielt die Skepsis der Schweizer Bevölkerung gegen junge Männer mit Migrationshintergrund genutzt wird». Laut Statistik werden die meisten Raserdelikte von Ausländern, namentlich aus dem Balkan, begangen. Schliesslich kritisiert sie auch die Raserdefinition der Politiker, die alle Automobilisten zu

den Rasern zählen, welche die zulässige Höchstgeschwindigkeit um mehr als 40 Kilometer pro Stunde überschreiten: «Es wird kein Unterschied gemacht zwischen Innerorts-, Ausserorts- und Autobahngeschwindigkeit. Würde man diese Definition anwenden, würden sehr viele Autofahrer ungerechtfertigterweise zu den Rasern gezählt.» Solche Vereinfachungen seien mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mehrheitsfähig, sagt Bächli-Biétry. (kal)

CVP will keine «Röstigraben-Arithmetik»

Im Rennen um den vakanten Bundesratssitz bringen sich die Parteien mit taktischen Forderungen und Drohkulissen in Position.

BERN – Am Wochenende haben CVP und SVP an ihren Delegiertenversammlungen den Anspruch auf einen zweiten Bundesratssitz bekräftigt. Die SVP will zunächst Gespräche mit den bürgerlichen Partnern FDP und CVP führen und dann entscheiden, «ob wir selber ins Rennen steigen oder ob es Allianzpartner für eine künftige Zusammenarbeit gibt», wie SVP-Präsident Toni Brunner am Samstag in Altstätten erklärte. Brunner kritisierte die CVP und ihr «Schielen» auf die Linke. Da müsse man sich unweigerlich fragen, ob hier ein «Pakt» abge-

schlossen worden sei, «bei dem es um den Todesstoss für die Konkordanz» gehe – notabene unter Ausschluss der SVP. Der SVP-Zentralvorstand hatte am Freitag die Parteispitze aufgefordert, eine eigene Kandidatur aus der Westschweiz ernsthaft zu prüfen.

Sicher antreten wird die CVP, wie Parteipräsident Christophe Darbellay vor den Delegierten seiner Partei in Delsberg bekräftigte. Die CVP werde «einen Mann oder eine Frau» portieren – Namen nannte Darbellay aber nicht. Statt «Röstigraben-Arithmetik» sei für das Profil des künftigen Regierungsmitglieds Dossierkompetenz gefragt. Der Freiburger Ständerat Urs Schwaller war in Delsberg nicht anwesend. Er weilte an einem Jodlerfest im Wallis.

Der abtretende Bundesrat Pascal Couchepin bedauerte in einem In-

terview mit der «NZZ am Sonntag» die Polemik, die nach seiner Aussage, Schwaller sei ein Deutschschweizer, entstand. «Es geht mir nicht um eine Person, sondern um das Prinzip», sagte er und erneuerte die Forderung, dass sein Nachfolger die lateinische Schweiz vertreten müsse. Alles andere wäre eine «ganz grosse Provokation».

42 Prozent wollen Lateiner

Eine Umfrage mehrerer Sonntagsblätter zeigt jedoch, dass es 46 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer nicht weiter schlimm finden, wenn Couchepins Sitz an einen Deutschschweizer oder eine Deutschschweizerin geht. Immerhin wollen 42 Prozent einen Romand oder Tessiner. In den Sprachregionen sind die Fronten hingegen klar: Nur 12 Prozent der Romands und 31 Prozent der Tessiner könnten sich

auch eine Deutschschweizer Vertretung vorstellen.

Am Wochenende meldete sich auch ein Fraktionspartner der CVP zu Wort. Grünliberalen-Präsident Martin Bäumle machte in der «Mittelland-Zeitung» deutlich, dass seine Partei nach den Wahlen 2011 eine eigene Fraktion anstrebt. Die CVP müsse das «Restrisiko» tragen, dass ein zweiter Bundesrat wieder abgewählt werden könnte. Der Präsident der Grünen, Ueli Leuenberger, warnte im «Sonntags-Blick» die Mitteparteien: «In der jetzigen Konstellation wird niemand ohne Stimmen der Grünen gewählt.» Weder CVP noch FDP könnten deshalb «von vorneherein auf unsere Unterstützung verzichten». Von der SP erwartet Leuenberger klare Signale zur Unterstützung einer allfälligen Kandidatur der Grünen. (sda)

«Im Fall UBS gibt es Aktivitäten»

BERN – Die Schweiz habe beim Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA keine Zugeständnisse gemacht, sagte Bundespräsident Hans-Rudolf Merz am Sonntag in einem Interview mit der «Sonntags-Zeitung». Das Doppelbesteuerungsabkommen (DBA), dessen Paraphierung am Freitag be-



kannt gegeben wurde, sieht eine Ausweitung der Amtshilfe in Steuerfragen vor.

Das er im Zusammenhang mit dem DBA versprochen habe, für die UBS eine Lösung zu finden, dementiert Merz: «Ich habe nur gesagt, dass ich mir keine positive Volksabstimmung über ein solches DBA vorstellen kann, wenn sich die USA nicht bewegen.»

Die USA würden sich bewegen, fügte Merz an. «Im Fall UBS gibt es im Hintergrund Aktivitäten.» Doch auch die UBS müsse ihren Beitrag leisten. In einem Zivilverfahren verlangen die US-Steuerbehörden die Herausgabe von Informationen über 52000 UBS-Konten-Inhaber. Sie werden der Steuerhinterziehung verdächtigt.

Merz verwies darauf, dass die Schweiz bereits sechs Abkommen aufgelegt habe: «Statt uns zu beklagen, sollten wir darüber reden, dass wir bereits Abkommen mit Frankreich, Dänemark, Norwegen, Mexiko, Luxemburg und den USA abgeschlossen haben.» (sda)

Bauern verlangen Preismoratorium

BERN – Hansjörg Walter, Präsident des Schweizerischen Bauernverbands, fordert von den Milchverarbeitern ein Moratorium für Preisverhandlungen. Diese hatten erneut eine Senkung der Milchpreise auf den 1. Juli gefordert. Sein Verband verlange einen «Waffenstillstand», sagte Walter in der gestrigen SF-«Tagesschau». Die neuen Verhandlungen dürften nicht bereits in der kommenden Woche stattfinden. Vor neuen Preisabsprachen wollen die Bauern über die Ziele auf dem Schweizer Milchmarkt diskutieren.

In einer Woche wird die neue Branchenorganisation Schweizer Milch gegründet, ein Zusammenschluss von Bauern, Milchverarbeitern und Detailhandel. Der Milchpreis ist von rund 80 Rappen je Kilo zu Jahresbeginn bis auf 58 Rappen gesunken. Damit seien die Produktionskosten der Landwirte nur noch zu 70 Prozent gedeckt, sagen die Schweizer Milchproduzenten (SMP). Das bleibe nicht folgenlos für das Einkommen, die Produktionskraft und die Liquidität der Betriebe. Die Produzenten fordern darum einen Milchpreis wie zuvor – 80 Rappen also. Die grossen Milchverarbeiter wie etwa Emmi, halten diese Forderung für «schlicht illusorisch». (sda)



Ja zum Angriff: CVP-Präsident Christophe Darbellay. Bild: key